

Frau Kirsten Grunau
Frau Katja Herrmann
Frau Monika Menzel

nur zur öffentlichen Sitzung

nur zur öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Stefanie Scholz

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsfrau Elke Teipel	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt!

**2. Neufassung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau und Entgeltordnung für sonstige brandschutztechnische Leistungen
Vorlage: 221/2008**

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen ohne weitere Diskussion folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau und Entgeltordnung für sonstige brandschutztechnische Leistungen werden in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

3. Bahnbereich Innenstadt Ausbau des Verknüpfungspunktes Vorlage: 232/2008

Herr Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, erläutert kurz die Beschlussvorlage und verweist auf die nachfolgenden Ausführungen des Büros Spettmann und Kahr.

Weiterhin teilt Herr Weinert mit, dass sich ein Interessent für ein Gebäude direkt am Bahnhofsbereich gemeldet habe, dieses Gebäude allerdings noch unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehe. Eine Modifizierung sei möglich.

Die erste Ideenskizze hierzu werden Herr Klotz und Herr Fey von der Firma Klotz GmbH und Co. KG im Anschluss an der Vorstellung von Spettmann und Kahr präsentieren.

Herr Diller begrüßt sodann Herrn Puchert vom Büro Spettmann und Kahr.

Herr Puchert stellt anhand einer Power Point Präsentation alle Details vor. Er erläutert den Lageplan und stellt sodann zum Oberflächenbelag unterschiedliche Pflastersteine vor, die auch als Muster im Ratssaal ausliegen.

Ratsfrau Gabler erinnert an ihren Antrag im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt, in dem sie um Überprüfung bat, ob das einfache Betonpflaster zum Preis von 12 €/m² beschichtet werden könne und wie hoch die Kosten dafür wären.

Herr Puchert erklärt daraufhin, dass die Möglichkeit bestehe, die Steine zu imprägnieren. Die Kosten dafür liegen laut STL bei 5-7 Euro pro Quadratmeter; nach 5 Jahren müsse allerdings neu imprägniert werden.

Vorsitzender Diller weist auf die Entscheidung im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt hin und unterstützt die Auffassung, das einfache Betonpflaster auszuwählen.

Herr Weinert schlägt vor, bis April/Mai 2009 Erfahrungen bezüglich der Imprägnierung zu sammeln. Bis dahin sei der Bahnsteig fertig und man könne sodann über eine Imprägnierung der Steine entscheiden.

Der Ausschuss einigt sich darauf, an einer viel belauften Stelle eine Probepflasterung durchzuführen und diese zu imprägnieren.

Weiterhin stellt Herr Puchert die Dächergestaltung und die Ausstattung/Möblierung wie Sitzgelegenheiten, Abfallbehälter Typ „Capital“, Vitrine und Fahrradständer vor.

Ratsherr Holzrichter fragt bezüglich der Sitze, ob diese nah an der Scheibe montiert werden, so dass es nicht möglich sei, auf den Lehnen zu sitzen. Herr Puchert bejaht dies.

Herr Holzrichter fragt, ob die Höhe der Dächer im Bahnbereich ausreiche, um einen entsprechenden Wetterschutz zu gewährleisten. Weiterhin möchte Herr Holzrichter wissen, ob es ein vernünftiges Konzept der Bahn für die P+R Anlage gäbe.

Herr Puchert erläutert zur letzteren Frage, dass die Deutsche Bahn kein Interesse mehr an P+R Plätzen habe. Man müsste über eine Kontrolle gewährleisten, dass die P+R Anlage auch nur von P+R Benutzern genutzt werde. Dies sei auch im Sinne des Zuschussgebers, da keine öffentlichen, sondern nur P+R Plätze bezuschusst werden.

Zu den Dächern erklärt Herr Puchert, dass das Dach auf der Zugseite bis zum Zug reiche. Auf der Busseite hat das Dach eine Breite von 5,30 m und eine Höhe von 4,30 m, so dass genügend Schutz vor dem Regen bestehe.

Herr Bärwolf fügt hinzu, dass ein Warteraum geplant sei, in dem sich Bahnhöfegäste bei Regen aufhalten können.

Herr Puchert bedankt sich, die Gelegenheit zur Vorstellung der Pläne erhalten zu haben.

Herr Weinert verweist auf die von Herrn Puchert vorgestellte weiße Fläche, auf die Fa. Klotz die Planung für das Gebäude vorsieht und bittet Herrn Klotz um Vorstellung des Konzeptes.

Herr Klotz bedankt sich für die Möglichkeit der Vorstellung des Planungskonzeptes und legt das Zustandekommen der gemeinsamen Planung mit Herrn Huhn dar, der leider nicht anwesend sein kann. Herr Huhn betreibt in Bahnhofsnähe eine Fahrschule und möchte diesen Standort gerne beibehalten.

Herr Klotz stellt kurz sein Unternehmen vor und bittet sodann seinen Mitarbeiter Herrn Fey, das Projekt am Bahnhof vorzustellen.

Herr Fey stellt anhand einer Power-Point-Präsentation das erste entwickelte Konzept für den Neubau eines Geschäftshauses vor. Das Gebäude soll vier Geschosse hoch sein und entspricht den im Entwurf festgelegten Festsetzungen des Bebauungsplanes in Bezug auf Bau- linie, Gebäudehöhe und Grund- sowie Geschossflächenzahlen. Im Erdgeschoss sollen Ver-kaufsflächen, eine DB-Service-Station und ein Warteraum mit einer Größe von 50 m² entste- hen. Der Warteraum solle von der Bahnseite erschlossen werden. Öffentliche WC-Anlagen sind an den Warteraum angeschlossen.

Im 1. OG sei die Errichtung einer Fahrschule mit Schulungsräumen und einem zentralen Empfang angedacht. Für das 2. OG gibt es laut Konzept noch keine konkreten Vorstellun- gen, es seien dort Dienstleistungen in jeglicher Form möglich.

Als Abschluss des Gebäudes solle ein Dachgeschoss als Penthouse eingerückt von den Außenwandflächen entstehen. Dort könnten 2-3 Wohnung errichtet werden.

Herr Fey präsentiert abschließend verschiedene Ansichten des Gebäudes und zeigt den Standort der 4 Behindertenparkplätze sowie die zweigeschossige Garagenanlage. Dennoch seien zu wenig Stellplätze vorhanden. Insgesamt seien alle Anlagen behindertengerecht. Die Platzgestaltung soll durch einen Lichtpunkt stilvoller gestalten werden. Angedacht sei eine Lichtstehle als Gestaltungselement auf dem Verkehrsplatz mit dezenten Hinweisen zu Bus und Bahn und zur Servicestation.

Vorsitzender Diller bedankt sich bei Herrn Klotz und Herrn Fey für die Vorstellung.

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen mit Stimmenmehrheit folgen- den

Beschluss:

1 Oberflächenbelag

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Pflasterflächen des Bahn- und Bussteiges ein unge- färbtes Betonsteinpflaster ohne Oberflächenbeschichtung in der Größe 20x20x8 cm bis 30x30x8 cm zu verwenden.

2 Gestaltung der Dächer des Bahnsteiges und der Bushaltestellen

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung dargestellte Dachvariante zwei (Ar- beitstitel Spettmann + Kahr D2) für den Bahnsteig und für die Bussteige weiterzuentwickeln. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung dargestellten Kosten für die Reini- gung der Dächer zeitgerecht zu etatisieren.

3 Möblierung des Bereiches des Verknüpfungspunktes

3.1 Gesamtkonzept

Dem in der Begründung dargestellten Gesamtkonzept wird zugestimmt.

3.2 Einzelelemente

Für die Sitzgelegenheiten wird der in der Vorlage dargestellte Typ „sedeo“ gewählt. Der Windschutz wird durch teilsatinierte Glasscheiben in Metallschienen ausgeführt, als Abfall-

behälter der Typ „Capital“ gewählt, als Vitrine die in der Begründung dargestellte Informationsvitrine gewählt. Die B+R-Anlage wird mit acht farbbeschichteten Anlehnbügel für max. 16 Fahrräder ausgestattet.

4 Bahnhofsnahe Dienstleistungen

4.2 Gebäudeplanung

Die in den Sitzungen der Ausschüsse vorgestellte Planung zur Errichtung eines Gebäudes auf dem Grundstück nördlich des Verknüpfungspunktes wird mit dem Ziel der Errichtung dieses Gebäudes weiterverfolgt.

4.3 Anforderungen

Den in der Begründung dargestellten Anforderungen an die Wartezone und an die öffentliche Toilettenanlage wird zugestimmt.

4.4 Übernahme

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Bauherrn des Gebäudes gemäß 4.2 zur Übernahme der Räume der Wartezone und der öffentlichen Toilettenanlage im Sinne der Begründung zu führen.

4.5 Einrichtungs- und Betriebskosten

Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Kosten für die Ersteinrichtung und die Betreibung der Anlagen zeitgerecht zu etatisieren.

4.6 Witterungsschutz zum Erreichen der bahnnahen Nutzungen

Einer Verlängerung des Bahnsteigdaches gemäß der Darstellung in der Begründung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mehrkosten von max. 50.000 € zu etatisieren und sich um eine Aufnahme in die Förderung zu bemühen.

5 Reinigung und Winterdienst

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung dargestellten Kosten für die Reinigung und den Winterdienst zeitgerecht zu etatisieren.

6 Beleuchtung

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Beleuchtungskonzept für den Bereich des Verknüpfungspunktes zu entwickeln und die Kostenauswirkungen zu ermitteln.

7 Gestaltungselement

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gestaltungselement im Sinne der Begründung zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	1

4. Wahlplakatwerbung im Wahljahr 2009 Vorlage: 243/2008

Vorsitzender Diller schlägt vorab vor, aufgrund bereits aufgetretener Fragen zu der Vorlage, keinen Beschluss hierüber zu fassen. Die Verwaltung wird heute gestellte Fragen nach Möglichkeit beantworten und aufnehmen.

Ratsherr Schnell erläutert, dass die Litfaßsäulen meist sehr versteckt, vom Geh- oder Fahrbereich nicht allseitig einzusehen und daher nicht nutzbar seien, ebenso wie die an den Laternen befindlichen Tafeln. Ratsherr Schnell weist auf die, neben der Kommunalwahl, im nächsten Jahr stattfindende Europawahl und Kreistagswahl hin und erachtet daher die in der Vorlage vorgestellten Flächen als zu wenig. Aus diesem Grunde lehnt die LL die Vorlage ab.

Rastherr Holzrichter fragt, ob es eine Zwischenlösung der recht kostspieligen Aufstellung der Tafeln gäbe.

Ratsfrau Gabler teilt die Auffassung der CDU-Fraktion zu dieser Vorlage mit und bittet um Zurückstellung, Überarbeitung und Vorstellung einer neuen Vorlage im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, weist daraufhin, dass Wahlplakatwerbung auf öffentlichen Flächen grundsätzlich Sondernutzung sei, es aber besondere Rechte und Freiheiten für die Werbung politischer Parteien gäbe. Weiterhin erklärt Herr Rotter, dass zur Vermeidung von Wildplakatierung vor einigen Jahren die Regelung der Stadt Lüdenscheid getroffen wurde, 100 Holztafeln (Größe 2,50 x 1,50 m) zu beschaffen und aufzustellen. Die Fa. Ströer (damals DSM) sei vertraglich verpflichtet, weitere 40 Großflächen aufzustellen. Im Wahljahr 2004 habe es ähnliche Verhältnisse gegeben, wie sie im Jahre 2009 erwartet werden. Damals waren zwei Wahlen in einem Zeitabstand von 3-4 Monaten, in denen die Wildplakatierung enorm zugenommen habe. Eine kommerzielle Vermarktung oder Nutzung durch Kulturbetriebe ist damals nicht angenommen worden. Daraufhin habe sich die Verwaltung Gedanken über Alternativen gemacht und überlegt, wie es kostengünstiger gestaltet werden könne. Mittlerweile stehen nur noch 80 Tafeln zur Verfügung.

Herr Rotter stimmt den bisher genannten Kommentaren zu und äußert, mit der DSM Nachverhandlungen und aus städtischer Sicht Nachbesserungen anzustellen.

Ratsherr Ahlhaus fragt, ob die Tafeln in den wahlfreien 3-4 Monaten aus Kostengründen stehen bleiben und z. B. an Kindergärten für eigene Werbemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden können. Weiterhin weist Ratsherr Ahlhaus darauf hin, dass für Zirkusunternehmen eine Ausnahmegenehmigung in einer neuen Werbekonzeption vorgesehen werden solle.

Da an Laternen im Stadtbereich keine Plakate angebracht werden dürfen, fragt Ratsherr Ahlhaus, ob es an Bundes- und Landstraßen möglich sei.

Ratsherr Holzrichter verweist auf die Ausnahme der Rahmenwerbung für Schützenfeste und bittet um Untersuchung, inwieweit man Sonderregelungen dazu nutzen kann.

Vorsitzender Diller erläutert, dass alle Fragen und Kommentare von der Verwaltung aufgenommen und geprüft werden. Im nächsten Hauptausschuss oder im Bau- und Verkehrsausschuss soll das Konzept dann erneut vorgestellt.

Der Beschluss zur Wahlplakatwerbung im Wahljahr 2009 ist somit vertagt.

5. Berichtswesen

5.1. Schriftliche Berichte

5.1.1. Umbenennung von Haltestellen der MVG Vorlage: 244/2008

Nach kurzer Diskussion nehmen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses den Bericht einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Beschluss:

Die Umbenennung der heutigen Bushaltestellenbezeichnungen „Schnepperstraße“ in „Fa. Würth Schnepperstraße“ und „Am Wendelpfad“ in „Ballettschule Klüttermann“ durch die Märkische Verkehrsgesellschaft wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

5.2. Mündliche Berichte

5.2.1. Contracting im Energiebereich

Aufgrund einer Anfrage in der letzten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses berichtet Herr Ziomkowski, Zentrale Gebäudewirtschaft, über den aktuellen Stand zur Ausführung des Beschlusses der Schulausschusses vom 04.12.2007. In diesem Beschluss wurde die Verwaltung beauftragt, die verschiedenen Formen des Contractings zu erläutern und Contracting an vier Schulen einzuführen bzw. die Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Ziomkowski stellt zunächst die folgenden Formen des Contractings, die es im Energiebereich gibt, vor:

1. Einsparcontracting
2. Finanzierungscontracting
3. Anlagen/Energieliefer-Contracting
4. Betriebsführungscontracting

Contracting wurde in dem letzten Jahr zwar weiter verfolgt, aufgrund des Investitionspaktes zur energetischen Sanierung verschiedener Schulen in der Priorität nicht ganz nach oben gesetzt. Es wurde nun eine umfangreiche Informationsrecherche betrieben und Gespräche mit typischen Contractorpartnern geführt, u.a. mit den Stadtwerken, der Fa. Siemens Building Technologies und E-S-T in Essen. Mit E-S-T wurden mehrere Objekte in Lüdenscheid besichtigt und da sei deutlich geworden, dass für Contracting spezialisierte Contractingpartner benötigt werden. Diese haben den Vorteil, dass sie keine Ökosteuer zahlen müssen und aufgrund eines großen Einkaufspools günstige Preise erzielen. Lt. E-S-T könne man nicht davon ausgehen, das Contracting günstiger sei als Eigenerledigung, da der Contractingnehmer umsatzsteuerpflichtig ist und einen Gewinnanteil einrechnet. E-S-T gibt bei Ausschreibungen daher vor, dass bei günstigerer Eigenerledigung die Ausschreibung aufgehoben werden kann.

Ergebnisse der Recherchen:

Für Kommunen ist nur das Anlagen/Energieliefer-Contracting lohnenswert. Große Einsparungen sind nicht zu erwarten.

Energiecontracting sei für wenige Objekte nicht lohnend. Die kritische Masse wird bei etwa 7-8 Objekten erreicht, die mit dem damaligen Auftrag nicht abgedeckt seien. Für die Investoren seien zudem nur alte Objekte interessant.

Herr Ziomkowski schlägt als weiteres Vorgehen vor, ein Konzept mit 7-8 Objekten zu erarbeiten, wobei die Rahmenbedingungen beachten werden müssen. Eine europaweite Ausschreibung (Dauer ca. 6 Monate) wird benötigt und die haushaltsrechtliche Auswirkung auf das NKF muss berücksichtigt werden. Unter diesen Gesichtspunkten sei eine Umsetzung frühestens ab 2010 möglich.

Die Zielplanung sei, sich mit diversen Partnern auseinander zu setzen, erste Gespräche zu führen und ein erstes Projekt dann spätestens im II. Quartal 2009 vorzustellen. Falls diesem Konzept zugestimmt werde, wird ein entsprechender Zeitrahmen erstellt, um ein solches Projekt auf den Weg zu bringen.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Fahrradstellplätze Innenstadt

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass damals hinsichtlich der Neugestaltung der Innenstadt beschlossen wurde, in der Knapperstraße vor Eis-Liese 4 Fahrradständer aufzustellen und im Weiteren zu prüfen, wo noch welche platziert werden sollen. Die Verwaltung schlägt nun vor, vier weitere Fahrradständer, jeweils im Bereich Post/Kiosk, in der unteren Altenaer Straße (Bereich Verbraucherzentrale), zwischen dem Kaufhallengebäude und Sinn Leffers sowie beim Rosengarten (Bereich C&A) aufzustellen.

Die Mittel hierfür seien für den nächsten Haushalt 2009 angemeldet.

6.1.2. Bewohnerparken "Am Ramsberg"

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass er sich mit Frau Gabler von der CDU-Fraktion und Herrn Klose vom STL vor Ort „Am Ramsberg“ getroffen habe. Die Anwohner dort seien sehr unzufrieden mit der Straßenreinigung. Es wurde nun mit dem STL abgesprochen, den Bewohnerparkbezirk zu verlängern, so dass die dort ständig parkenden Fahrzeuge nicht mehr stehen können und somit die Straßenreinigung besser verlaufen kann.

6.1.3. Nachtrag Bahnbereich Innenstadt

Herr Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, gibt einen Nachtrag zu TOP 3 „Bahnbereich Innenstadt“ bekannt. Alle Maßnahmen, die zu der Vorlage genannt wurden, seien in diesem Haushalt und in den nächsten Haushalten etatisiert, bis auf die Maßnahmen, die in der Vorlage einzeln aufgestellt sind. Die Dachverlängerung, die noch nicht entschieden sei, koste je 10 m-Segment 50.000 €. Die Toilettenanlage und die Wartezonen sollen von der Stadt Lüdenscheid im Rohbau übernommen werden und der Ausbau sodann einzeln erfolgen. Dafür liegen die Kosten bei ca. 100.000 € bzw. 50.000 €, so dass

zusätzliche Investitionskosten von 200.000 € hinzukommen. Die Wartezone und die Toilettenanlage werden angemietet und sollen überdacht sowie gereinigt werden. Dies seien noch mal laufende Kosten von ca. 70.000 €, die dieser zentrale Verknüpfungspunkt verursache.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Vollsperrung von Straßen bei Straßenbau

Herr Busch, STL, beantwortet die Anfrage des Herrn Wilde in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 17.09.2008 wie folgt:

Eine Vollsperrung wird auch bei städtischen Baumaßnahmen in Betracht gezogen und wäre aus technischer Sicht oft wünschenswert.

Im Einzelfall ist eine Vollsperrung aber im städtischen Bereich sehr selten möglich, da die Anlieger ihre Grundstücke zumindest abends und morgens anfahren wollen und die Erreichbarkeit der Häuser für die Feuerwehr (Brand/Rettungsdienst/Krankentransport) gewährleistet werden muss.

Ebenso sind Vollsperrungen fast ausgeschlossen, wenn Gewerbe- oder Industriebetriebe betroffen sind.

6.2.2. Umgestaltung der Fahrstrecke Linie 53 - MVG

In Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Thielicke teilt Frau Herrmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, mit, dass in Absprache mit der MVG in der Fuelbecker Straße kurz hinter dem ausgebauten Kreisverkehr eine vorläufige Ausstiegsstelle der Linie 53 eingerichtet werde. Da die Straße in diesem Bereich noch nicht endgültig ausgebaut worden ist, wird der Randstreifen provisorisch befestigt um die Begehbarkeit für Fußgänger zu gewährleisten.

Die MVG wird die Haltestelle zum Fahrplanwechsel am 26. Januar 2009 einrichten.

6.2.3. Umschaltung der Ampelphase Heedfelder Straße - Grebbecker Weg

In Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Diller im Bau- und Verkehrsausschuss am 17.09.2008 teilt Frau Herrmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, folgendes mit:

Die Signalanlagen Grebbecker Weg, Brockhauser Weg und Im Grund bekommen noch in diesem Jahr ein zusätzliches Programm mit einer Umlaufzeit von 120 Sekunden.

Die Anlage im Brockhauser Weg wird in diesem Zuge vom Landesbetrieb Straßenbau NRW komplett erneuert und blindengerecht ausgestattet. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit werden separate Linksabbiegephasen eingerichtet.

Gleichzeitig wird auch die Sicherheit an der Anlage Grebbecker Weg erhöht, in dem ein Diagonalsignal für den Linksabbieger von der Heedfelder Straße in den Grebbecker Weg eingerichtet wird. Zunächst bekommen die Linksabbieger einen gelbblinkenden Pfeil; sie müssen mit Gegenverkehr rechnen und diesem Vorfahrt gewähren. Anschließend bekommen sie einen grünen Pfeil, was ihnen signalisiert, dass der Gegenverkehr "rot" hat; sie können dann gesichert in den Grebbecker Weg abbiegen. Die Signalsteuerung lässt dies allerdings nur in den Hauptverkehrszeiten zu. In den Schwachlastzeiten ist der Umlauf des Programms zu kurz um einen Grünpfeil zu schalten.

Als Konsequenz dieser Maßnahme ist es allerdings erforderlich, dass der Blechpfeil für den Rechtsabbieger von der Heedfelder Straße in den Grebbecker Weg entfernt wird. Ansonsten würde der Linksabbieger trotz Grünpfeil-Signal mit dem Gegenverkehr in Konflikt treten. Einen solchen Missstand zu schaffen, wäre gemäß Erlasslage eindeutig verboten.

Da es sich aber bei der geplanten Änderung um eine Verbesserung der Verkehrssicherheit geht, steht dies im Vordergrund vor dem Komfort des Blechpfeils.

6.3. Anfragen

6.3.1. EDV-Ausstattung der Bauaufsicht

Die schriftliche Anfrage des Herrn Wilde am 07.10.2008 sowie die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

6.3.2. Verbotsschilder für LKW - Teilstück Schillerstraße

Herr Schnell teilt die Beschwerde von Anwohnern der Schillerstraße mit. In dem Teilstück der Schillerstraße zwischen dem Kulturhaus bis zur Hochstraße habe der LKW-Verkehr sehr stark zugenommen. Der Weg wird von Schulkindern der Pestalozzigrundschule und den Staberger Gymnasien genutzt. Aufgrund der sehr schmalen Fahrbahn entstehen dort gefährliche Situationen, da die LKW den Gehweg befahren, um durch die Engstellen zu kommen. Herr Schnell fragt an, ob dort ein Verbotsschild für LKW evtl. mit Tonnage-Begrenzung, aufgestellt werden könne.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

6.3.3. Straßenendausbau Vogelberg - Kirchheim

Ratsherr Thielicke fragt, ob der Bereich Wilhelm–Kattwinkel-Straße, zwischen Hanni-Henning-Weg und Einmündung Bürgerstraße, für einen Endausbau vorgezogen werden könne.

Herr Busch, STL, antwortet, dass für die Wilhelm–Kattwinkel-Straße bereits Mittel für das kommende Haushaltsjahr beantragt wurden. Der Baubeginn muss im Rahmen der Beratungen noch festgelegt werden.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Scholz
Schriftführerin